

Tansania Information



Mission
EineWelt

Kein Pressedienst - Nur zur Information

04/2012

April

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, Sunday Observer, Nipashe, The Citizen, Arusha Times, Msema Kweli, The East African, Uhuru na Amani (Zeitschrift der ELCT), UN Integrated Regional Information Networks (IRIN) und anderen Zeitungen und Internet Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs 25.03.2012 (Mittelwert) für 1,-- € 1.846/- TSh (<http://www.oanda.com/lang/de/currency/converter>)

| | |
|--|-----------------|
| Reaktion auf UNO-Empfehlungen | Seite 2 |
| Exportpolitik, Exportprodukte Entwicklung; Export verarbeiteter Waren gefordert; Export lebender Tiere unvermeidbar; Export von Kohle; Export landwirtschaftlicher Produkte; Export von Nilbarsch; Entwicklung des Export von Mais | Seite 2 |
| Landrecht, Landvergabe, Landnutzung Lage; Konflikte; von Investoren verursachte Konflikte; Konflikte zwischen Landwirten und Viehhaltern; ungenutztes Land; Eigentumsrechte für Hadzabe, ehemals staatseigenes Land | Seite 3 |
| Korruption und Amtsmissbrauch Anti-Korruptionsforum; <i>East African Bribery Index Report 2011</i> ; Konferenz des <i>Sectoral Committee on Prevention and Combatting Corruption</i> ; Prüfung durch Ethik-Tribunal; Probleme der PCCB; Entlohnung und Korruption; Unterschlagung; Anschuldigung; Bestechung von Wählern | Seite 6 |
| Gefahren für das Ökosystem und Umweltschutz Plastiktüten, Elektromüll; kontaminiertes Flusswasser; Umweltpolizei; Reinigung des Abwassers; Umweltschonende Steine für Hausbau; Umweltprobleme am Kilimanjaro; Information über Waldschutz | Seite 8 |
| Streik der Ärzte | Seite 9 |
| Konflikte wegen Missachtung der Tradition Traditionelle Überzeugung; Vorfälle | Seite 12 |
| Dar-es-Salaamer Kinder sprechen über Umweltschutz | Seite 12 |

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das unten angegebene Konto

Herausgeber: Referat Afrika

Redaktion: Eva Caspary

Internet: www.tansania-information.de

Spendenkonto

Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302

Mission EineWelt: <http://www.mission-einewelt.de>

eMail: africa@mission-einewelt.de

Ev. Kreditgenossenschaft eG, Kto. 1011 111 BLZ 52060410

IBAN: DE12 5206 0410 0001 0111 11 - BIC:GENODEF 1EK1

Reaktion auf UNO-Empfehlungen

Der *United Nations Human Rights Council* machte 153 Empfehlungen, nachdem er mehrere Menschenrechtsberichte unterschiedlicher Länder durchgesehen hatte. In Tansania wurde bei einem dreitägigen Treffen mit Regierungsvertretern über diese Empfehlungen beraten.

Die tansanische Regierung verwarf vier Empfehlungen; sie seien empörend, hieß es. Über die anderen sollen nun Verantwortliche der Regierung und Interessenvertreter diskutieren.

Ihr Bericht wird bei der Konferenz des *United Nations Human Rights Council* im März 2012 in Genf vorgelegt.

Die Regierung erklärte, sie werde ihre Gesetze nicht den Wünschen des *United Nations Human Rights Council* entsprechend ändern, Polygamie und Brautpreis nicht abschaffen; sie seien seit langer Zeit beachtete Traditionen und könnten nicht durch ein Gesetz geändert werden.

Gleichgeschlechtliche Ehen würden nicht legalisiert. Solche Verbindungen seien laut Gesetz kriminelle Vergehen. Einige Länder des Westens schworen, sie würden Hilfsgelder verwenden, um die Länder Afrikas zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen zu zwingen.

Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane (FGM), um die es in einer weiteren Empfehlung geht, sei bereits 1998 verboten worden. (DN 13.12.11)

*

Bei der Vollsitzung des *United Nations Human Rights Council* in Genf berichtete Staatsminister Chikawe, 96 Empfehlungen stimme man zu, vier würden nicht unterstützt, über 53 müsse weiter beraten werden.

Er betonte, bezüglich gleichgeschlechtlicher Verbindungen sei man absolut überzeugt, dass diese in Tansania weder in kultureller noch in juristischer Hinsicht akzeptabel sind. "Sie verstoßen gegen kulturelle, religiöse und moralische Normen unserer Gesellschaft", sagte er.

Auch bei Brautpreis und Polygamie gehe es um kulturelle und religiöse Rechte der Menschen. Das Thema Todesstrafe werde sehr ernstgenommen. Das Volk insgesamt müsse beraten, ob diese Strafe angemessen ist. Die Regierung könne also nicht alleine darüber entscheiden. Zusammen mit anderen Gruppierungen werde die Regierung die Einwohner über den weltweiten Trend in Bezug auf die Todesstrafe informieren.

Gewalt gegen Frauen sei für Regierung und andere ein wichtiges Anliegen. Zusammen mit der Zivilgesellschaft kümmere sich die Regierung um dieses Übel; es gebe eine Reihe von Maßnahmen, incl. Kampagnen, zu juristischen und sozialen Themen.

Mitglieder des *United Nations Human Rights Council* lobten den Plan der Regierung, eine eigene Menschenrechtsinstitution zu gründen, und die Bereitschaft, Hunderte von Flüchtlingen aufzunehmen.

Alle vier Jahre wird in jedem der 193 Mitgliedsländern der UNO die Lage bezüglich der Menschenrechte überprüft. (DN 17.3.12)

Exportpolitik, Exportprodukte

Entwicklung: 2011 registrierte die *Export Processing Zone Authority* (EPZA) 19 neue Investoren, die Industriebetriebe errichten wollen. Es gelang ihr, für Tansanier 8.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Menge der Exportprodukte zu steigern. (Guardian 10.1.12)

Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Wert von Exportwaren und Dienstleistungen um 19,9 % und erreichte 6,776 Mrd. US\$.

Der Wert nichttraditioneller Exportgüter stieg um 21,3 % und erreichte 3,746 Mrd. Der Wert exportierter Industriewaren ging um 5,3 % zurück; er fiel auf 868,8 Mio. US\$. (Citizen 31.1.12)

*

Export verarbeiteter Waren gefordert: Der Minister für Ostafrikanische Zusammenarbeit drängt die Tansanier, den Markt der *East African Community* (EAC) zu nutzen, indem sie verarbeitete Waren exportieren, statt rohen Materials. So könnten sie mehr Gleichgewicht des Handels erreichen. Auch entstünden neue Jobs.

Weil es an Ausgewogenheit fehle, sei Tansania zum Markt für die Waren der anderen EAC-Länder geworden. Eines der Nachbarländer kaufe in Tansania viel Mais, verarbeite ihn zu Mehl und verkaufe dieses im Südsudan zu einem profitablen Preis - "während unsere Leute arm bleiben", sagte er. (Guardian 27.2.12)

*

Export lebender Tiere unvermeidbar: Bei der Jahreskonferenz des *Meat Council* sagte ein Teilnehmer, die Regierung solle den Export lebender Tiere untersagen.

Der Minister für Entwicklung der Viehzucht erwiderte, die Regierung könne die Ausfuhr lebender Rinder und Ziegen nicht verbieten, denn es gebe nicht genug Fleischverarbeitungsbetriebe. In Tansania lebten etwa 23 Mio. Rinder, 26 Mio. Ziegen, außerdem viele Schweine und Schafe. Aber es gebe nicht mehr als zehn Firmen, die die Tiere verarbeiten. 2010/11 habe die Regierung 20,3 t Rindfleisch, 286 t Ziegenfleisch und 97 t Schaffleisch in die *Vereinigten Emirate* exportiert. Pro Woche würden dort mindestens 16 t Ziegenfleisch benötigt, doch Tansania könne nur 13 t liefern. (DN 1.2.12)

*

Export von Kohle: Tansania schloss mit Kenia und Malawi ein für das Land vorteilhaftes Abkommen über den Export von Kohle des *Ngaka-Bergwerks* (Ruvuma-Region) ab. Man nimmt an, dass sich weitere Interessenten melden werden. (DN 13.3.12)

*

Export landwirtschaftlicher Produkte: Laut Bericht der *Tanzania Exporters Association* beherrschen Lebensmittel den Export Tansanias in die Länder der *East African Community* (EAC) und der *Southern African Development Corporation* (SADC). Während der letzten zehn Jahre nahm er um 30,1 % zu.

In Tansania gibt es für die Ausfuhr von Lebensmitteln viele Bedingungen für offizielle Genehmigungen, Zertifikate, Quittungen und Bevollmächtigungsschreiben. (DN 13.3.12)

*

Export von Nilbarsch: Ein Verantwortlicher der *Lake Victoria Surveillance Unit* berichtete, vom Finanzjahr 06/07 bis 09/10 wurden 19.501.910 kg Nilbarsch exportiert; das erbrachte 66.461.356 US\$. (DN 16.3.12)

*

Entwicklung des Exports von Mais: Tansania war lange Zeit vielleicht das einzige Land, das die Ausfuhr von Mais und Zucker verbietet. Förderung der Landwirtschaft ist unmöglich, solange die Landwirte Mais nicht exportieren dürfen, auf dem Markt in Nachbarländern keinen besseren Preis erzielen können.

In den Grenz-Regionen Mbeya und Rukwa lagerte Mais tonnenweise.

Die Tansanier wurden zu einem Volk von Schmugglern.

In der Kilimanjaro-Region wurde versucht, Mais und Zucker in Särgen über die Grenze zu bringen. 31 Lastwagen mit Zucker und Mais wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Dabei ist den Händlern im Rahmen des Gemeinsamen Marktes der EAC erlaubt, sich ohne Gebühren frei zu bewegen.

Je mehr Tansania den Export behindert, desto mehr Devisen gehen dem Land verloren. Folglich wird der TSh fallen, der Preis der Konsumgüter steigen. (DN 27./29.10.11)

Präsident Kikwete wies die Regierungsstellen an, den lokalen Händlern die Ausfuhr überschüssiger Lebensmittel in Nachbarländer, die Probleme haben, zu erlauben, solange es in Tansania nicht zu Lebensmittelverknappung kommt. Um die Preise in den Städten zu stabilisieren, solle Nahrungsmittelüberschuss einiger Regionen dorthin transportiert werden. (DN 12.10.11/18.1.12)

In der Stadt Sumbawanga erhielten die lokalen Händler die Genehmigung, 1.400 t Mais in die *Democratic Republic Congo* (DRC) zu exportieren. Sie sollten den Landwirten für 1 kg Mais 350/- TSh bezahlen. (DN 9.11.11)

Die Landwirte der Rukwa-Region spendeten der Regierung Lob, weil sie das Exportverbot für Mais aufhob, die Ausfuhr in Nachbarländer nun erlaubt sei. Angesichts der Rekordernte empfanden sie das als eine enorme Erleichterung. Sie hätten sechsmal so viel geerntet, wie die Bevölkerung benötige. Nun gebe es für sie innerhalb und außerhalb des Landes einen zuverlässigen Markt.

Auch die *Economic and Social Research Foundation* (ESRF) lobte die Regierung. Der ESRF-Exekutivdirektor betonte: "Die Regierung soll nicht fürchten, die Landwirte könnten ihre gesamte Ernte verkaufen, wenn ihnen in den Nachbarländern ein guter Markt sicher ist, denn sie sind keine Dummköpfe." (DN 12./29.2.12)

Landrecht, Landvergabe, Landnutzung

Lage: Es gibt in Tansania drei Kategorien von Land:

Reserviertes Land: ca. 40 %: geschützte Gebiete wie National Parks, Wild- oder Waldschutzgebiete.

Dorfland: etwa 70 %: das Gebiet innerhalb der Dorfgrenzen; es wird vom Dorfrat verwaltet.

Allgemeines Land: der Rest des Landes.

Laut *1999 Land Acts* hat der Staatspräsident das umfassende Eigentumsrecht - als Treuhänder des Volkes.

Für Landwirtschaft werden nur 23 % des hierfür geeigneten Landes genutzt. Folglich hat Tansania noch viel Land für Landwirtschaft und andere wirtschaftliche Unternehmen.

Immer führte die ungleichmäßige Verteilung der Landwirte zu Problemen, bisweilen zu Konflikten mit Todesfolgen. Die für Landwirtschaft geeigneten Regionen Rukwa, Tabora und Kigoma sind dünn besiedelt, während die Regionen Kilimanjaro, Arusha, Mbeya und Kagera dicht besiedelt sind; auf kleinen Feldern muss intensive Landwirtschaft betrieben werden. Jüngere Glieder der Familie sind gezwungen, in ferne Gebiete auszuwandern. Früher erhielten sie von den Dörfern Land kostenlos, nun wird es verkauft. Manche Dorfälteste haben Angst, weil einige Investoren ihre finanzielle Macht nutzen und große Gebiete kaufen, ihre Gastgeber landlos zurück lassen.

Nahezu überall in Tansania kommt es zu Konflikten wegen Land. Im Simanjiro-Distrikt (Manyara-Region) stießen Kleinbauern und Viehhalter mit Eigentümern großer Ländereien zusammen, obwohl es sich um Einheimische handelte. Im Kilosa-Distrikt (Morogoro-Region) geraten Landwirte und Viehhalter ständig wegen Landkonflikten aneinander. Ein Unternehmer, der im Kisarawe-Distrikt (Küsten-Region) in Agro-Treibstoff investiert hatte, wurde von der Bevölkerung hinausgeworfen, weil die Transaktion anfechtbar gewesen sei. (DN 2.12.11)

*

Konflikte: Jedes Jahr wird in Tansania von mehr als 12.600 Landkonflikten berichtet. Bei den streitenden Parteien handelt es sich um ausländische oder tansanische Investoren und Einwohner. Landwirte sind die Gegner von Viehhaltern. Nationalparks haben Probleme mit der rund um diese lebenden Bevölkerung. Auch Nachbarn und Familienglieder streiten miteinander.

Im Lauf vieler Konflikte wurde Eigentum verwüstet. Es gab auch Todesfälle, Vertreibungen, lebenslange Streitereien, z. B. zwischen den Sonjo- und den Maasai-Gesellschaften des Ngorongoro-Distrikts (Arusha-Region).

Im Augenblick gibt es in Tansania insgesamt 42 *District Land and Housing Tribunals*. Sie nahmen 2003 die Arbeit auf und sollten Konflikte um Land an der Basis lösen. (DN 27.10.11)

Ein Direktor der Organisation *Haki Ardhi* drängt die Regierung, die Zwistigkeiten wegen Eigentumsrecht und Landnutzung rascher zu schlichten, sonst könnten sie zu blutigen Konflikten ausarten. Immer häufiger stritten unterschiedliche Gruppen miteinander. Die Streitigkeiten eskalierten, weil die Regierung viel Zeit brauche, um einzuschreiten. Es gebe Konflikte zwischen Personen, die das Land für Investitionen nutzen wollten und Dorfbewohnern, die es für ihr täglich Brot brauchten. Der Direktor warf der Regierung vor, weiterhin überholte Gesetze und Vorschriften zu verwenden, die ungerecht seien für das Volk. Die Dorfbewohner könnten nicht schweigen, wenn sie sehen, wie ihnen ihr Land weggenommen und Investoren gegeben wird. (Guardian 13.3.12)

Im Arumeru-Distrikt (Arusha-Region) ist der Mangel an Land eines der schwierigsten Probleme. Benjamin Mkapa, vor Kikwete Staatspräsident, wandte sich gegen die Vermutung, er besitze dort große Ländereien. Die Regierung sei sich der Probleme bewusst. Er werde Präsident Kikwete persönlich raten, in die Zwistigkeiten um Land einzugreifen. Die CCM habe Erfahrung mit der Lösung solcher Probleme, betonte er.

Die Oppositionspartei Chadema versichert, wird sie gewählt, leite sie die Vertreibung von 'Ausländern' aus dem Arumeru-Distrikt an. Sie besäßen Land auf Kosten der 'eingeborenen Einwohner'. Es sei unglaublich, dass Fremde viel Land besitzen, das sie nur zum eigenen Vergnügen nutzen, dort auf ihren Pferden reiten, oder Golf und Krocket spielen, während die Meru-Volksgruppe kaum genug Land hat, um Nahrungsmittel anzubauen. "Wir wollen das Land für unser Volk zurück, dass es produktiv verwendet wird", betonte ein Chadema-Mitglied. (DN 14.3.12; Citizen 13.3.12)

*

Von Investoren verursachte Konflikte: In der Dodoma-Region wurden 118 Häuser abgerissen - mit der Begründung, das betreffende Gebiet sei rechtmäßiges Eigentum einer tansanischen Firma. Verzweifelt hatten die Dorfbewohner versucht, die Aktion zu stoppen. Zwölf von ihnen wurden verletzt. Viele Öbdachlose mussten die Nacht im Freien zubringen. Einer bat die Regierung, sie möge die Betroffenen mit Zelten versorgen, während nach einer Bleibe gesucht werde. Einer klagte, "in unserem eigenen Land wurden wir zu Flüchtlingen gemacht. Nirgendwohin können wir mit unserem Hausrat gehen. Wir haben viel verloren." (Citizen 24.10.11)

Landexperten äußerten, es habe mehr negative als positive Auswirkungen, wenn Ausländer Land erwerben und investieren. Diese garantierten Tansania keine Versorgungssicherheit.

Die Gesetze enthielten keine ausreichenden Maßgaben, die normale Einwohner schützen, wenn sich andere Land aneignen. Die tansanische Gesetzgebung bevorzuge Ausländer zum Nachteil der Einheimischen. (Guardian 19.12.11)

Bei einer viertägigen Informationsveranstaltung über das Thema *Village Land Act No 5* von 1999 kritisierten Teilnehmende die Verantwortlichen des Kisarawe-Distrikts (Küsten-Region), denn sie rieten Dorfbewohnern, ihr Land Fremden, auch Investoren, zu verkaufen, mit der Begründung, diese würden ihnen eine Anstellung verschaffen, außerdem für soziale Dienste, incl. Schulen, Kliniken, Straßen und Wasserversorgung sorgen.

Die Verwaltungsbeauftragte des Distrikts berichteten, von 77 Dörfern seien 11 bereit gewesen, einem Investor aus dem Ausland mehr als 8 Mio. ha zu überlassen. "Wenn ihr dem Verkauf eures Landes zustimmt, habt ihr später Probleme, denn eure Kinder und Enkel werden dann kein Land haben", sagte sie. (Guardian 6.2.12)

Berichten zufolge wurde Investoren Land einiger Dörfer zugesprochen, ohne dass man die Dorfbewohner zu Rate gezogen hatte. Um Streitigkeiten zu vermeiden, sollten Investoren zuerst mit den Bewohnern des betreffenden Gebietes sprechen, betonte der Vorsitzende eines Dorfes. Einige Investoren sollen den Dorfbewohnern allerlei Hilfe versprochen haben; doch wenn sie Land erhalten hatten, erfüllten sie ihre Zusagen nicht. (Citizen 19.11.11)

Jedes Jahr gibt es mehr als 1.000 Konflikte zwischen armen Dorfbewohnern und mächtigen Investoren. Schuld daran sind u. a. überholte Landnutzungsgesetze und langwierige Vergabe von Eigentumsrecht. Wohlhabende aus dem In- und Ausland wetteifern um Land. Die Dorfbewohner kennen ihre Rechte nicht, können deshalb nicht für Gerechtigkeit kämpfen. (Citizen 29.2.12)

*

Konflikte zwischen Landwirten und Viehhaltern: Die Landkonflikte zwischen Landwirten und Viehhaltern scheinen nie aufzuhören. Im Kiteto-Distrikt (Manyara-Region) soll ein Landwirt erstochen worden sein, als Herdenbesitzer eindrangen. Ähnliches soll in den Regionen Dodoma, Mbeya und Morogoro geschehen sein. Man fürchtet, dieses könne zu einem landesweiten Problem werden. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass Landwirte mit Viehhaltern aneinandergeraten.

Das hängt damit zusammen, dass die Hirten große Herden haben. Sie sind ihr ganzer Stolz. Die Tiere sind kaum satt zu kriegen, wenn die Weidemöglichkeiten während der Trockenzeit knapp werden. Deshalb ziehen die Herden von einem Ort zum anderen; oft dringen sie verzweifelt in bestelltes Land ein.

Dann kommt es zu gewalttätigen Konflikten. Die Viehhalter müssten lernen, dass die Größe ihrer Herden den Weidegründen entsprechen muss. (Citizen 14.12.11)

In einem Dorf des Kibaha-Distrikts (Küsten-Region) beschloss die Regierung, jedem Jugendlichen 0,42 ha Land für Ackerbau zuzuteilen. Doch ein Viehhalter behauptete, das betreffende Land gehöre ihm. Die Landzuteilung wurde aufgeschoben, ein Treffen für Beratungen anberaumt. Doch ehe es stattfand, drangen Viehhalter mit traditionellen Waffen ein. Acht Menschen wurden verletzt. (Guardian 6.10.11)

Im Korogwe-Distrikt (Tanga-Region) wurde mindestens eine Person schwer verletzt, als acht Viehhalter auf seinen Feldern eindrangen, um ihre Herden zu weiden. Der Landwirt versuchte, die Tiere zu vertreiben, aber die Eindringlinge überwältigten ihn. Andere Bauern kamen ihm zu Hilfe. Der Vorsitzende des *Village Security and Defence Committee* berichtete, häufig komme es zu Streit zwischen Landwirten und Viehhaltern. Der zuständige Abgeordnete versprach, er werde der Regierung die Angelegenheit vorlegen. (Guardian 4.1.12)

Die Rechte der Viehhalter sind in den geltenden Gesetzen nicht anerkannt. Folglich kommt es zu Konflikten zwischen nomadisierenden Hirten und Landwirten.

Trotz des Plans von 2006, sie in der Lindi-Region anzusiedeln, sind die aus Ihefu vertriebenen Viehhalter noch immer heimatlos. <Siehe Tans.-Inf. 5/06 S. 4> (Citizen 29.2.12)

*

Ungenutztes Land: Die Ministerin für Bodenrecht, Hausbau, Besiedlung sagte, die geplante Volkszählung werde offenlegen, wer Land zu eigen hat, das nicht genutzt wird. Die Regierung werde dieses zurücknehmen und neu verteilen, vor allem an Jugendliche. Es sei ihr bekannt, dass viele junge Leute kein Land für Ackerbau und ein eigenes Haus haben. Sie sollten Gruppen bilden und dem Ministerium ihre Bitten vorlegen. (DN 9.2.12)

*

Eigentumsrechte für Hadzabe: Dieses Volk der Jäger- und Sammler, wohnhaft im Yaeda-Tal (Mbulu-Distrikt, Manyara-Region), erhielt für sein Land Eigentumsrechte. Es hat nun das umfassende Bestimmungsrecht in seinem angestammten Wohngebiet. Sieben Organisationen der *Tanzania Land Alliance* (TALA) mussten das Recht der Hadzabe vertreten. In letzter Zeit wollten einige Firmen in der Umgebung investieren.

Nur noch 4.500 Vertreter dieses bedrohten Volkes sind übrig. Das Eindringen anderer Volksgruppen aus Mwanza, Karatu und Shinyanga, die mit ihren Herden kommen und in dem Tal

Landwirtschaft einführen, gefährdet das Leben dieser von Früchten, Wurzeln, Honig und kleinen Tieren lebenden Menschen.

Der Distrikt Commissioner von Mbulu warnte die Hadzabe vor einem Missbrauch ihrer Eigentumsrechte. Früher oder später würden skrupellose Leute versuchen, ihnen mit Geschenken diese abzuluchsen. Wenn das passiert, könnten sie nirgendwo hinrennen. (DN 20/29.10.11)

*

Ehedem staatseigenes Land: Die Regierung gab bekannt, sie gebe unproduktive staatseigene Viehfarmen Viehhaltern. Am West-Kilimanjaro und mit Teilen der Ruvu-Viehfarm sei das bereits geschehen. (Guardian 3.2.12)

Ein Gebiet im Distrikt Moshi-Land (Kilimanjaro-Region, das ehemals eine staatseigene Sisalplantage war, wurde von skrupellosen Händlern an Einwohner eines Dorfes verkauft. Als sie erkannten, dass sie rechtlose Siedler seien und jederzeit hinausgeworfen werden könnten, demolierten sie ihre Häuser und die landwirtschaftlichen Einrichtungen, rissen alle Feldfrüchte aus und verließen die Felder.

"Wir untersuchen, wer hinter diesem Betrug steckt. Bekommen wir das heraus, werden diese Leute vor Gericht gestellt", sagte der Dorfvorsitzende. Ein Dorf-Sonderausschuss kümmert sich um die Betroffenen, hilft ihnen, andere Felder zu erhalten.

In der Kilimanjaro-Region wird Land für Felder und Wohnungsbau knapp. Deshalb kommt es jetzt zu Konflikten, werden viele übers Ohr gehauen. (DN 27.2.12)

Korruption und Amtsmissbrauch

Anti-Korruptions-Forum: Das *Preventing and Combatting Corruption Bureau* (PCCB) und die *Tanzania Private Sector Foundation* (TPSF) werden im Rahmen des Forums *Business Action Against Corruption* (BAAC) zusammenarbeiten.

Ein Staatssekretär sagte, die Gründung des Forums sei eine große Herausforderung für die Mitarbeiter des öffentlichen und des privaten Sektors. Sie sollten sich nicht gegenseitig noch die Regierung beschuldigen. Unglücklicherweise werfe man den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes vor, sie nähmen Schmiergeld an. Dabei seien es die Leute des privaten Sektors, die dieses anbieten. Doch das halte man nicht für ein Problem. In Botswana, Malawi, Sambia, Simbabwe und Südafrika gibt es ähnliche Foren. (Citizen 19.9.11)

*

East African Bribery Index Report (EABI) 2011:

Burundi: Platz eins Tansania Platz zwei (im Vorjahr: Platz vier) Kenia und Uganda: Platz vier Ruanda Platz fünf

Uganda verbesserte sich geringfügig, Kenia beträchtlich. (DN 21.10.11, Guardian 21.10.11; Citizen 22.10./1.12.11)

*

Korruption in einigen Einrichtungen: In Tansania sind die korruptesten Einrichtungen zum zweiten Mal in Folge Polizei, Justiz, Abteilung für Landrechte, Steuer- und Einwanderungsbehörde. Doch Polizei und Haftanstalten hätten sich in Bezug auf das Vorgehen gegen Korruption sehr verbessert, heißt es.

Frei von Korruption sind laut PCCB u. a. folgende Einrichtungen: Parlament, PCCB, *Tanzania Telecommunication Company Ltd.* (TTCL).

Es heißt, das PCCB habe ihnen geholfen, gegen Korruption vorzugehen. Jede Einrichtung habe eine Abteilung eingerichtet und sie mit dem Kampf gegen Korruption beauftragt.

PCCB und Regierung arbeiten an dem Plan, von der Primarschule bis zur Universität Ethik unterrichten zu lassen. (Guardian 19.11.11)

*

Konferenz des Sectorial Committee on Preventing and Combatting Corruption der EAC: Die Mitglieder der *East African Community* (EAC) wollen gegen Geldwäsche vorgehen, um den Krieg gegen Korruption zu intensivieren. Wer sich eines luxuriösen Lebensstils erfreut, der seinem offiziellen Einkommen nicht entspricht, wird Objekt einer Untersuchung.

"Eben führten wir das *Common Market Protocol* ein, aber unsere Länder stecken noch tief drin in der Korruption. Das bedeutet schlechte Leute und schmutziges Geld können sich frei bewegen", sagte eine EAC-Verantwortliche. Merkwürdigerweise werde den Anti-Korruptionsbüros der einzelnen Länder selbst Korruption vorgeworfen. Sie glaube jedoch, sobald ein Anti-Korruptions-Netzwerk eingerichtet sei, werde sich das ändern.

Die EAC-Mitgliedsländer wurden aufgefordert, das *Sectorial Committee on Preventing and Combatting Corruption* der EAC finanziell stärker zu unterstützen, damit der Kampf der Region gegen dieses Übel beschleunigt werden könne. (DN 9.2.12; Guardian 10./15.2.12)

*

Prüfung durch Ethik-Tribunal: 2005 wurde der *Public Leaders Code of Ethics Act* verabschiedet. 2010 führte Präsident Kikwete das *Ethics Tribunal* ein. Dessen Sekretariat schloss bei 60 hochrangigen Beamten die Prüfung des Vermögens und der Verbindlichkeiten ab.

Mitte März sind Vermögen und Verbindlichkeiten von 81 Führungspersonlichkeiten an der Reihe. Unter ihnen sind vier Minister, ein Stellvertretender Minister, der Generalstaatsanwalt, Abgeordnete, regionale Polizeikommissare und viele andere.

Erstmalig erwartet man, dass mehrere Regierungsleute vor dem *Ethics Tribunal* erscheinen müssen. Vermutlich haben sie falsche Angaben bezüglich ihres Vermögens und ihrer Verbindlichkeiten vorgelegt. Unmittelbar nachdem diese geprüft sind, werden diejenigen, deren Vermögen nicht mit den auf den Formularen angegebenen Details übereinstimmt, angeklagt. Vorher wird das Sekretariat diese unehrlichen Führungspersonlichkeiten jedoch vorladen, damit sie erklären können, warum sie sich nicht ans Gesetz gehalten haben. Niemand wird ohne Anhörung verurteilt. Wer keine glaubwürdigen Gründe vorbringen kann, muss vor dem *Ethics Tribunal* erscheinen. (DN 8.3.12)

*

Probleme des PCCB: Ein PCCB-Mitarbeiter sagte, beim Kampf gegen die Korruption sei das PCCB mit vielen Herausforderungen konfrontiert; manche seien juristischer Art; außerdem sei die Wahrnehmung vieler Tansanier mangelhaft.

Das geltende Recht habe einen Einfluss darauf, ob die Arbeit des PCCB effektiv ist. Es könne nur mit Korruption in Zusammenhang stehende Vergehen untersuchen. Aber es sei der *Director of Public Prosecution*, der entscheiden muss, ob ein Fall vor Gericht gebracht wird oder nicht. Von 24 Fällen, die im PCCB Act, 2007 beschrieben sind, sei nur in einem Fall Klage geführt worden. Das PCCB führe nun mehrere Programme durch, um die Öffentlichkeit und vor allem die Schüler und Schülerinnen über die Übel der Korruption zu informieren, berichtete er. Doch werde es immer schwieriger, Korruption einzudämmern, denn die Beteiligten änderten ihre Taktik häufig. (DN 15.3.12, Citizen 14.3.12)

*

Entlohnung und Korruption: Bei einem vom PCCB organisierten Seminar sagte einer, bei den Gerichten verschwände die Korruption, wenn die Öffentlichkeit informiert würde, wie man Korruption bekämpfen kann, und die Löhne vernünftig wären.

Ein Verantwortlicher eines Gerichts sagte, ohne Entlohnung, die den Lebenshaltungskosten entspricht, sei es schwierig, gegen Korruption zu kämpfen. "2010 stimmte die Regierung der Anhebung unserer Löhne zu; aber bis heute ist nichts geschehen. Die Richter sind diejenigen, die von einer regelmäßigen Anhebung profitieren", sagte ein anderer.

Sogar Zuwendungen würden nur den Angestellten des *High Court* serviert; aber diese Leute seien bereits privilegiert. Das PCCB wurde ersucht, die Regierung an die Forderungen zu erinnern. Eine Angestellte sagte, manchmal werfe man ihnen vor, sie nähmen Schmiergeld. Aber das sei gar nicht der Fall. (Guardian 17.3.12)

*

Unterschlagung: Etwa 14 Amtspersonen aus Dörfern des Mwanga-Distrikts (Kilimanjaro-Region) wurden angeklagt, weil sie Lebensmittel der Notversorgung, vor allem Mais, verkauft, nur einen Teil des eingenommenen Geldes abgeliefert hatten. 2.120.500/- TSh fehlten noch. Die Angeklagten müssen den Betrag vor Ablauf von 14 Tagen bezahlen.

Einige Verantwortliche halten nicht alle drei Monate eine Versammlung, was Pflicht ist. Dabei müssen sie über Einnahmen und Ausgaben berichten; die Einwohner sollen zustimmen, korrigieren oder ablehnen. Diese Versammlungen finden nicht statt, wenn Verantwortliche Dorfmittel unterschlagen haben. (DN 16.3.12)

*

Anschuldigung: Einige Mitglieder der *Natural Resources Conservation Society* (Jukumu) behaupten, der Jukumu-Vorsitzende kollaboriere mit Wilderern, damit sie im *Gonabisi Hunting Plot* (Morogoro-Region) Tiere töten können. Er nehme Schmiergeld dafür an, dass sie rücksichtslos wildern können. Mehrmals hätten sie ihn vergeblich gewarnt, sagten die Jukumu-Mitglieder. Nun sammelten sie Beweise. Unter den Wilderern seien einige führende Leute der Morogoro-Region. (Guardian 9.1.12)

*

Bestechung von Wählern: Im Arumeru-Distrikt (Arusha-Region) verhaftete das PCCB drei Personen, vermutlich führende Leute der CCM. Ihnen wird Korruption im Zusammenhang mit der dort anstehenden Nachwahl zur Last gelegt. Mit korrupten Methoden sollen sie versucht haben,

Wähler zu beeinflussen. U. U. werden weitere Personen festgenommen und verhört. (DN 4.3.12; Citizen 1./2.3.12)

Gefahren für das Ökosystem und Umweltschutz

Plastiktüten: 2008 verbot die Regierung Sansibars Einfuhr, Produktion, Verwendung und Verkauf von Plastiktüten. Aber das Volk ist zögerlich und weigert sich, das Gesetz zu befolgen.

2011 setzte die Regierung für die Abgabe der Plastiktüten eine Gnadenfrist von sechs Tagen. Sie gab bekannt, ab 10.10.11 riskierten Zuwiderhandelnde strafrechtliche Verfolgung. Die Umwelt-Abteilung werde zusammen mit der Polizei u. a. Einrichtungen gegen Importeure, Benützer und Produzenten von Plastiktüten vorgehen. Als Strafe werde ein Bußgeld von 1m/- TSh oder mehr, möglicherweise eine Haftstrafe bis zu einem Jahr verhängt. Verboten seien nur dünne, durchsichtige Plastiktüten. Das sei unumgänglich, weil diese die Abwasserkanäle verstopften und beim Verbrennen giftige Dämpfe erzeugten.

Jeden Tag werden in Sansibar viele Hunderttausend Plastiktüten weggeworfen. Sansibar hat keine Möglichkeit Plastik wiederzuverwerten. Pro Jahr werden 35.000 t Plastiktüten importiert. (DN 8.10./3.11.11)

Nach mehrmaliger Vorlage verabschiedete die *East African Legislative Assembly* (EALA) endlich die *EAC Polythene Material Control Bill* 2011. Stimmen die Staatschefs der EAC zu, tritt das Gesetz in Kraft; verweigern einige ihre Zustimmung, wird der Gesetzesentwurf an die EALA zurückverwiesen.

Es geht um Produktion, Verkauf, Einfuhr und Verwendung von Polyäthylen-Material. Die Plastikproduzenten wehren sich gegen das Gesetz.

Ein Abgeordneter aus Ruanda setzt sich für ein absolutes Verbot von Plastik ein, denn die beim Verbrennen entstehenden giftige Dämpfe seien für Tier und Mensch lebensgefährlich. Uganda verbot 2009 die Verwendung von Polyäthylen-Material.

Kenianische Vertreter meinen, man müsse abwägen zwischen einem Verbot und dem Schutz von Investitionen.

Tansania und Burundi sind der Auffassung, man solle Plastiktüten verbieten, nicht das gesamte Polyäthylen-Material.

Sansibar verbot Plastiktüten nach einer Übergangszeit von drei Jahren.

Bei öffentlichen Anhörungen wiesen Interessenvertreter auf den Verlust von Einkommen und Jobs und auf Steuerrückgang hin. (Citizen 4.2.12)

*

Elektromüll: Abgeordnete des Parlaments von Sansibar äußern wiederholt, das Anwachsen des Elektromülls bereite ihnen Sorgen. Sie fordern Aktionen der Regierung. Sansibar werde zu einer Müllhalde für Elektromüll, weil Second-hand-Ware, vor allem Elektrogeräte, importiert werden. Die Regierung solle das total verbieten, forderte ein Sansibar. Einer bezweifelte Sansibars Fähigkeit, mit Elektromüll umzugehen; man habe keine Vorrichtung für problemlose Vernichtung. "Jedes Jahr werden am Hafen von Sansibar 23.000 Container unterschiedlicher Länge abgeladen. Unglücklicherweise sind 20 % der Waren Elektromüll", berichtete eine Staatsministerin. In Sansibar gebe es 300.000 Fernseher und 600.000 Radios, die nicht mehr in Gebrauch sind. Sie sagte, zusammen mit dem Generalstaatsanwalt erarbeite ihr Amt eine Verfügung, die die Menge von Second-hand-Waren begrenzt. (DN 13.10.11)

*

Kontaminiertes Flusswasser: Die Regierung forderte die Einwohner einer Gemeinde des Kilosa-Distrikts (Morogoro-Region) auf, kein Wasser des Mweqa-Flusses zu verwenden. Man fürchtet, es könne Erdöl enthalten, denn im Juni 2011 barst die TAZAMA, die von Dar-es-Salaam nach Sambia führende, 1968 gelegte Pipeline.

Weil das Flusswasser zur Bewässerung verwendet wurde, müssten auch die Ernteprodukte auf Unbedenklichkeit geprüft werden.

Der Mweqa-Fluss mündet in den Ruaha. Sein Wasser wird in einem großen Gebiet in Haushalten und für Bewässerung verwendet.

Anfang 2012 besuchte der Stellvertretende Minister für Energie und Bodenschätze das Gebiet und wies die TAZAMA an, dieses gründlich zu reinigen, denn die Einwohner hatten über schlechten Geruch geklagt. (DN 28.2.12)

*

Umweltpolizei: Demnächst soll es eine Umweltpolizei geben. Sie werde die Umweltgesetze und -regelungen durchsetzen, sagte der Generaldirektor des *National Environmental Management*

Council (NEMC). Dieser und die Polizei unterzeichneten schon 2010 ein diesbezügliches Abkommen

Seit seiner Gründung 1983 musste das NEMC viele Hindernisse überwinden, weitverbreitetes Desinteresse der Öffentlichkeit in Bezug auf Umweltschutz und mangelnde Durchsetzungskraft der zuständigen Staatsorgane. Nun sei man froh, dass sich eine Umweltpolizei um die Probleme kümmern wird, sagte der NEMC-Generaldirektor. Oft seien die Inspektoren des NEMC schikaniert worden, Eigentümer und Manager hätten ihnen den Zutritt zu Bergwerken und Fabriken verwehrt. Bei einem Gespräch mit dem NEMC-Generaldirektor nannte Vizepräsident Dr. Bilal die ökologische Situation "jämmerlich". (DN 14.2.12)

*

Reinigung des Abwassers: Zum Schutz des Themi-Flusses installiert die *Tanzania Breweries Ltd.* (TBL) in Arusha eine zusätzliche Kläranlage. Sobald sie fertig ist, können 60 % des Abwassers wiederverwendet werden. (DN 28.2.12)

*

Umweltschonende Steine für Hausbau: Mit Hilfe der lokalen Organisation *Hifadhi Mazingira* (HIMAKA) startete der Karatu-Distrikt (Arusha-Region) ein Projekt zur Rettung der Bäume. Es geht um die Verwendung ineinandergreifender Backsteine, Hydra-form bricks genannt, beim Hausbau. Sie sind umweltfreundlicher als die massiven roten gebrannten Backsteine, aus denen dort die meisten Häuser bestehen. Für das Brennen derselben wird viel Holz benötigt.

HIMAKA importierte die betreffende Maschine aus Südafrika. Die Steine kosten nur 250/- TSh, die traditionellen 1.000/- TSh. Wer die ineinandergreifenden Backsteine will, muss mindestens 50 Bäume pflanzen. "Wir bringen die Maschine dort hin, wo es gewünscht wird", sagte der HIMAKA-Exekutivvorsitzende. Für 2.500 Steine reichten 10 l Diesel.

Bisher wurden mit den Hydra-form bricks 24 Wohnhäuser, sechs Touristenhotels, sowie acht Primar- und Sekundarschulen errichtet. Verwaltungen der Manyara-Region bestellten bereits 10 t Steine für Schulhäuser. (DN 10.12.11)

*

Baumpflanzaktion: Bei einer Versammlung des *Kilimanjaro Regional Consultative Committee* wurde über die wachsende Umweltzerstörung gesprochen, Flussläufe und Quellen trockneten aus.

Freeman Mbowe, Abgeordneter von Hai (Kilimanjaro-Region) und im Parlament Leiter des Oppositionslagers, warf dem Exekutivdirektor des Hai-Distrikts vor, er nehme Entwicklungsfragen der Bevölkerung nicht ernst. Er selbst habe Ende 2011 eine Kampagne gestartet: Entlang aller wichtigen Straßen des Distrikts würden einheimische Bäume gepflanzt. Doch von der Regierung erhalte er keine Unterstützung, sagte er. (Guardian 2.3.12)

*

Umweltprobleme am Kilimanjaro: Das *Kilimanjaro Development Forum* (KDF) macht sich Sorgen wegen der Gefährdung des Ökosystems des Kilimanjaro. Beunruhigend sei die Erosion im Waldgürtel des Berges.

Das KDF beschloss, eine internationale Konferenz zum Thema Schutz des Berges zu organisieren.

In einem Bericht heißt es, unkontrolliert werden indigene Bäume gefällt, Tiere in Waldgebieten geweidet, ohne Genehmigung Dörfer und Felder angelegt, Bäume für die Produktion von Holzkohle geschlagen, in den Schutzgebieten rücksichtslos gejagt. Die Folge sind Erdrutsche u. a. Umweltschäden. (DN 26.2.12)

Die Kilimanjaro-Region plant eine große Baumpflanzaktion, um das schwindende Eis auf dem Gipfel des Berges zu retten. Die Eismenge ging um schätzungsweise 80 % zurück. Besonders beunruhigend ist, dass der stärkste Rückgang seit 1970 zu beobachten ist. (Guardian 16.3.12)

*

Information über Waldschutz: Der Umweltbeauftragte des Ngorongoro-Distrikts (Arusha-Region) leitete eine zweiwöchige Bildungsveranstaltung für zwölf Dorfbewohner, die am 1.500 ha großen *Sarian Forest Reserve* (Ngorongoro-Distrikt) leben. Bei diesem von der *Frankfurter Zoologischen Gesellschaft* unterstützten Projekt ging es um Einschätzung und Schutz des Waldes. Bei praktischen Übungen entdeckten die Teilnehmenden im Schutzgebiet 22 Plätze, an denen illegal Schnittholz produziert wird.

Nach der Ausbildung sagten einige, die teilgenommen hatten, sie würden ihr Wissen nutzen und die anderen Dorfbewohner in Bezug auf die Vorteile des Waldschutzes sensibilisieren.

Weil ein Gespür dafür bisher fehlte, schlugen die Einwohner in diesem Gebiet häufig Bäume, um sie für Holzkohle und als Brennholz zu verwenden, oder Platz für Felder und Weideland zu gewinnen. Besonders viel Wald werde verwüstet, wenn verantwortungslose Leute in der Trockenzeit ihre Felder abbrennen. (DN 12.3.12)

Würde Erdgas und Solarenergie verwendet, verringerte sich der Verbrauch von Holzkohle. Doch nur wenige können sich den Kauf von Flüssiggas leisten. Vor 2 Jahren kostete ein Zylinder 20.000/- TSh, nun zahlt man 50.000/- TSh. Die Regierung, vielleicht auch Geber, sollten mehr Geld für alternative Energielieferanten bereitstellen. Erhielten sie genug Unterstützung, ginge die Entwaldung zurück. (Guardian 16.3.12)

Streik der Ärzte staatlicher Krankenhäuser

Ende Januar/Anfang Februar streikten die Ärzte länger als drei Wochen. Endlich trafen sich ihre Vertreter mit Ministerpräsident Pinda. Er gab eine Vielzahl von Regierungsmaßnahmen, die ihren Forderungen entgegenkämen, bekannt. Pinda sagte, mit sofortiger Wirkung seien der Permanent Secretary des Gesundheitsministeriums und der Chief Medical Officer entlassen. Über das Schicksal des Gesundheitsministers und seines Stellvertreters müsse Präsident Kikwete entscheiden. Die Regierung habe Lohnerhöhung zugesagt; die Zuwendungen für Risikofälle, Gesundheitsversicherung und Fahrten habe sie angehoben; für Bereitschaftsdienst gebe es statt bisher 10.000/- nun 25.000/- TSh. Die medizinische Versorgung solle verbessert werden, damit weniger Patienten im Ausland behandelt werden müssen. Die Regierung wolle gegen die Verknappung der medizinischen Mittel vorgehen und im Ministerium ein kraftvolles Verwaltungssystem wiederbeleben. Wie die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sollen auch die Ärzte ein PKW-Darlehen erhalten. Die Regierung sei nicht in der Lage, pro Monat, wie gefordert, 3,5m/- TSh Gehalt zu bezahlen. Pinda versicherte, kein Arzt werde wegen seiner Teilnahme am Streik entlassen. Aber alle sollten sich am Eid ihres Berufsstandes orientieren. Pinda betonte, man werde auch die Anliegen des Pflegepersonals bedenken. Er entschuldigte sich wegen der Verzögerung und dankte für das harmonische Treffen. Unmittelbar danach fand ein kurzer Meinungsaustausch statt. Anschließend vereinbarten fast alle, die Arbeit wieder aufzunehmen. (DN 10.2.12; Guardian 10.2./12.3.12; Citizen 10.2.12)

In den staatlichen Krankenhäusern normalisierte sich der Betrieb. Die 15 Militär-Ärzte, die im *Muhimbili National Hospital* die streikenden Ärzte ersetzt hatten, verabschiedeten sich. Einige Ärzte betonten, sie seien froh, wieder zurück zu sein. Die Patienten zeigten Erleichterung. Sie drängten die Regierung, sich rechtzeitig um die Beschwerden der Ärzte und anderer, mit besonderen Aufgaben betrauter Personen, zu kümmern, damit ein Chaos, ähnlich dem eben erlebten, vermieden werde. Zehn Menschenrechtsorganisationen baten Kikwete, den Gesundheitsminister und seine Stellvertreterin zu entlassen. (Guardian 11.2.12; Citizen 11.2.12)

Premierminister Pinda bildete ein Sonderkommittee, dem Mitglieder der *Medical Association of Tanzania* (MAT), der *Tanzania Nursing Association*, der *Tanzania Union of Government and Medical Employees* (Tughe), des Finanz- und des Gesundheitsministeriums angehören. Bei seiner Ansprache zum Monatsende versicherte Präsident Kikwete, die Krise sei beendet. Er bat die Ärzte, geduldig zu sein, während die Regierung die Empfehlungen des Sonderkommittees prüfe. (Citizen 4.3.12)

Bei einer einen Tag währenden Versammlung prüften die Ärzte den Fortschritt hinsichtlich der Zusicherungen. Am 3.3.12 stellten sie der Regierung folgendes Ultimatum: "Ab 7.3.12 werden wir keinen Dienst mehr tun, falls der Gesundheitsminister und seine Stellvertreterin nicht entlassen wurden." Ihr voriger Streik sei dadurch provoziert worden, dass sich die beiden nicht um die Fragen der Ärzte gekümmert hatten, dass sie gleichgültig seien. Nun trauten sie ihnen nicht mehr zu, dass sie mit den Problemen der Ärzte umgehen könnten. (Citizen 5./6./8.3.12)

Die Regierung versuchte einen neuerlichen Streik abzuwenden. Premierminister Pinda beauftragte eine Delegation, mit den Ärzten zu sprechen. Doch diese weigerten sich, an Treffen teilzunehmen.

Pinda tadelte die Ärzte, weil sie der Regierung nicht die Chance gaben, die Vereinbarungen, die zur Beendigung des Streiks geführt hätten, in Taten umzusetzen. Auch sei die Forderung nach dem Rücktritt des Ministers und der Stellvertretenden Ministerin nicht Teil der ursprünglichen Forderungen gewesen. (DN 6./7./8.3.12; Guardian 6./8.3.12; Citizen 6./7.3.12)

Auf dem flachen Land und in mehreren Krankenhäusern Dar-es-Salaams streikten nur wenige Ärzte. In anderen wurden nur Notfälle behandelt.

Einige Ärzte können wegen ihrer religiösen Überzeugung nicht streiken. Auch Ärzte aus dem Ausland streikten nicht.

Glücklicherweise arbeiteten Krankenpfleger, Schwestern u. a. wie normalerweise.

Der Regionale Commissioner von Dar-es-Salaam berichtete, einige Ärzte, die nicht streikten, hätten Todesdrohungen erhalten. (DN 9.3.12; Guardian 8./10.3.12, Citizen 8./10.3.12)

Menschenrechtsaktivisten und Verantwortliche der Religionsgruppen forderten nachdrücklich, die Regierung solle an die Folgen denken, die ein Festhalten an dem Minister und der Ministerin habe. Kikwete solle sie entlassen, auch wenn das keine dauerhafte Lösung sei. Die Aktivisten drohten, sie würden zu Demonstrationen aufrufen, erfüllt die Regierung nicht, was die Ärzte fordern.

In einer Erklärung der Oppositionspartei Chadema wird Kikwete gebeten, den Minister und die Stellvertretende Ministerin zu entlassen. (Guardian 7.3.12; Citizen 7./9.3.12)

Der *High Court* erklärte, der Streik sei illegal, die Ärzte sollten die Arbeit unverzüglich wieder aufnehmen. Die *Medical Association of Tanzania* (MAT), vermutlich der Koordinator des Streiks, sei gar nicht registriert.

Hinter verschlossenen Türen sprachen die Ärzte mit Rechtsanwälten über die Entscheidung des *High Court*. (DN 9.3.12)

In bestreikten Krankenhäuser bildeten sich lange Warteschlangen.

Eine Schwangere berichtete, man habe ihr geraten nach Hause oder in ein anderes Krankenhaus zu gehen.

Einem Kranken, der für einen Arzttermin aus Morogoro angereist war, sagte man, er solle zurückfahren und auf Nachricht warten.

Einem Patienten aus Tabora wurde geraten, bei Verwandten zu warten, bis die Krise vorbei sei. Viele Kranke sind gezwungen, in ein Privatkrankenhaus zu gehen. Wer sich das nicht leisten kann, wendet sich an traditionelle Heiler. (Guardian 9./10.3.12; Citizen 10.3.12)

Nachdem er sich lange herausgehalten hatte, griff Präsident Kikwete ein. Zwei Stunden sprach er mit den Ärzten.

Danach verkündete der MAT-Präsident, man beende den Streik, damit das Staatsoberhaupt Zeit bekomme, sich mit ihren Nöten persönlich zu befassen. Falls er sein Versprechen nicht erfülle, denke man über das weitere Vorgehen nach. (Citizen 10.3.12)

Am 10.3.12 gaben die Ärzte das Ende des Streiks bekannt. Das sei keineswegs eine Reaktion auf die Anweisung des *High Court*. Man gehe auf die befriedigenden Gespräche mit Präsident Kikwete ein, betonte der MAT-Präsident.

Berichten zufolge waren in Dar-es-Salaam und andernorts alle Ärzte im Dienst.

Der Leiter einer Organisation, die sich für Verbesserung der Gesundheitsdienste einsetzt, bat die Ärzte, nicht selbstsüchtig nur an ihr Einkommen zu denken, sondern darauf zu drängen, dass die Arbeitsbedingungen besser werden und genug Medikamente zur Verfügung stehen.

Die Versorgung in den Regierungskrankenhäusern normalisierte sich. (DN 11./12./13.3.12; Citizen 12.3.12)

Präsident Kikwete wandte sich in einer im Fernsehen übertragenen Rede an die Nation. Er versicherte den Ärzten, wann immer nötig stünden die Türen offen für Gespräche. Einige ihrer Forderungen seien von der Regierung akzeptiert worden, aber sie könne nichts tun, was jenseits ihrer Möglichkeiten liege. Würde man alle Wünsche erfüllen, erhielten die Ärzte, alle Zuwendungen eingerechnet, pro Monat 7,7m/- bis 17m/- TSh. Im Augenblick betrage der Monatslohn 957.700/-TSh. Derartige Gehaltsforderungen würden die Inflation von augenblicklich 19 % auf 50% hochtreiben, denn die Regierung wäre gezwungen, Geld zu drucken.

Kikwete berichtete, die Regierung sei dabei, 700 Ärztehäuser zu bauen, jeder Distrikt habe dann 18.

Er erklärte, die Entlassung des Ministers und der Ministerin löse das Kernproblem nicht. Es sei keineswegs sicher, dass neu ernannte Verantwortliche besser mit den Problemen der Ärzte umgehen könnten. Es wäre sinnvoller die Wurzel des Übels zu finden. (DN 13.3.12; Guardian 13./15.3.12; Citizen 13.3.12)

36 Aktivisten unterschiedlicher Nichtregierungsorganisationen, Rechtsanwälte, Ökologen und pensionierte Ärzte, wollen gegen die Ärzte klagen, denn sie seien schuld daran, dass mindestens 300 Menschen infolge ihres Streiks starben.

Die Ärzte hätten die Anwesenheitsliste unterschrieben, aber nicht gearbeitet, obwohl sie ihr Gehalt erhielten. Das könne man nicht dulden, betonte der Vorsitzende des geplanten Klägerkomitees. Verwerflich sei auch ihre Missachtung des Premierministers. Außerdem hätten sie gegen ihre Berufsmoral verstoßen.

Die Streikenden sollten streng bestraft werden, damit andere daraus lernten, sagte er und forderte zur Unterstützung des Vorhabens auf. Pfarrer, Scheichs und alle Einwohner sollten ihre Meinung über madaktarimashtaka@gmail.com kundtun, als Vorbereitung dafür, dass das Komitee anklagen kann. (DN 15.3.12; Guardian 15.3.12; Citizen 15.3.12)

Konflikte wegen Missachtung der Tradition

Traditionelle Überzeugung: Traditionalisten einiger Ethnien Nordtansanias sind überzeugt, wenn Männer-Beschneidung in einem Krankenhaus, nicht von lokal anerkannten traditionellen Heilkundigen durchgeführt wird, sei das ein Affront gegen ihre Ethnie und ihre Normen. (Citizen 19.12.11)

Für die Maasai ist ihre traditionelle Initiation normalerweise der Lebensabschnitt, in dem dem Jungen das Mannsein gelehrt werden muss. Man ist überzeugt, die Initiation sei für jeden unverzichtbar, will er als vollgültiges Glied des Volkes anerkannt werden.

Die jungen Maasai wollen sicherstellen, dass alle Jungen, die das entsprechende Alter erreicht haben, nicht nur beschnitten werden, sondern die extrem grausamen Rituale der traditionellen Beschneidungszeremonie erleben.

Die Morani beschuldigen die betreffenden Leute, sie erzürnten ihre 'Götter', wenn sie die Traditionen missachteten und ihre Jungen im Krankenhaus beschneiden ließen; was weniger schmerzhaft und folglich weniger männlich sei. (DN 31.1.12)

*

Vorfälle: Im Babati-Distrikt (Manyara-Region) wurden bei mehreren Angriffen, an denen 100 konservative Traditionalisten des Maasai-Volkes mit traditionellen Waffen beteiligt waren, drei Personen, unter ihnen ein Pfarrer der *Kirche der Brüdergemeine* und ein Polizist, schwer verletzt. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie nicht an der traditionellen Methode der Männer-Beschneidung festhalten, sondern ihre Jungen zur Beschneidung in ein Krankenhaus bringen. "Wir wurden gezwungen, halbnackt, durch ihr Dorf zu laufen, während sie uns schlügen", berichtete der Pfarrer und sagte, sie gehörten zwar zum Maasai-Volk, seien aber gegen eine derartige Demütigung. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in einem Weiler, 30 km von Babati entfernt. Die Opfer der Lynchjustiz wurden halbnackt, mit übergestülpten Plastiktüten durch das Dorf geführt. (Citizen 19.12.11)

Im Rahmen der Kampagne gegen Beschneidung in Krankenhäusern stürmten in der Gemeinde Enaibosho (Arumeru-Distrikt, Arusha-Region) Ende Januar etwa 100 Morani, junge Männer der Maasai- und der Arush-Gesellschaft, ein Wohnhaus. Der Familienvater veranstaltete gerade ein kleines Fest für seine beiden Söhne, die das Beschneidungsalter erreicht hatten, und für den Eingriff in ein Krankenhaus gebracht werden sollten.

Die Morani forderten die Auslieferung der Kinder. Doch die Familie weigerte sich, das zu tun. Es kam zu einer Konfrontation. Ein junger Maasai erschlug einen Mann, fünf Personen wurden verletzt und mussten in ein Krankenhaus gebracht werden. Einer der Morani wurde beim Kampf zwischen beiden Lagern erschlagen. Die Polizei verhaftete sechs Personen und verhörte sie.

Der regionale Polizeikommandant betonte, es müsse verhindert werden, dass die eingefleischten Traditionalisten der Maasai- und der Arush-Gesellschaften ihre Volksgenossen, die keine traditionellen Beschneider anstellen, sondern für die Beschneidung in ein Krankenhaus gehen, bestrafen. (DN 31.1.12; Guardian 3.2.12; Citizen 30.1.12)

Dar-es-Salaamer Kinder sprechen über Umweltschutz

Razaki (11): Umweltschutz ist wichtig, weil er uns vor dem Ausbruch von Krankheiten schützt.

Rose (11): In der Schule lernen wir, dass es wichtig ist, die Umwelt sauber zu halten, damit wir Besucher locken, uns zu besuchen.

Johnson (14): Wir lernen in der Schule, wie wichtig Bäume sind. Ich fordere die Regierung und andere Einrichtungen auf, den Menschen bewusst zu machen, wie wichtig es ist, in ihrem Gebiet Bäume zu pflanzen.

Frank (12): Niemand kann in einer schmutzigen Umgebung leben und etwa unternehmen. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir alle die Umwelt schützen.

Flora (10): Ich weiß, dass Bäume Schatten spenden und dass sie die Umwelt sauber machen.

Sabrina (11): Jede und jeder von uns ist dafür verantwortlich, dass die Umwelt sauber ist, damit wir vor dem Ausbruch von ansteckenden Krankheiten geschützt werden.

Monica (10): Ich mag eine saubere Umwelt, weil sie mir hilft, gut zu wachsen.

Lumbo (9): Wenn man Bäume fällt, zerstört man die Wasserquellen, von denen die Menschen abhängen. Die Bäume sind wichtig, weil sie die Quellen schützen.

Juliana (10): In der Schule pflanzen wir jedes Jahr Bäume, um die Umwelt zu schützen.

Frank (10): Ich hasse die Leute, die Wälder abbrennen. (Guardian 7.6./26.7.11)